

# Northeimer Rundschau

Jungsozialistisches Mitteilungsblatt für den Landkreis Northeim

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.“ (Willy Brandt)

Gegründet 2010

Ausgabe Nr. 06 ( November/Dezember 2011), Auflage: 30 Stück (Print)



**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

schon wieder geht ein Jahr dem Ende entgegen und man fragt sich, wo die Zeit nur geblieben ist. Auch uns geht es da kein bisschen anders. Jedoch können wir dieses Jahr besonders zufrieden zurückblicken, da wir die Zeit auch sinnvoll genutzt haben. Schon bald steht daher auch schon die 7. Ausgabe der Northeimer Rundschau an und ein Ende ist nicht in Sicht. Auch wenn uns dabei die Finanzkrise noch immer fest im Griff hat, sollten wir doch optimistisch und positiv in die Zukunft blicken. Denn wenn auch demnächst Weihnachtsmann AG und Osterhase AG fusionieren sollten, muss dies nichts zwangsläufig nachteilig für uns alle sein.

**Wir wünschen daher allen Leserinnen und Lesern einen geruhsamen 1. Advent und eine ebenso angenehme und vielleicht auch weiße Vorweihnachtszeit!**

Zu erreichen sind wir weiterhin rund um die Uhr unter **Northeimer-Rundschau@t-online.de** und über unsere **Facebook-Seite**. Ferner können Sie aktuelle und alte Ausgaben auch auf unserer Homepage [www.jusos-nom-ein.de](http://www.jusos-nom-ein.de) nachlesen bzw. herunterladen. Die jeweils aktuelle Ausgabe liegt zusätzlich im Büro der SPD in Northeim (Scharnhorstplatz 8) aus.

Ebenso stehen wir Anregungen und konstruktiver Kritik immer offen gegenüber. Sprechen Sie uns einfach direkt an oder schreiben Sie uns.

Jetzt wünschen wir Ihnen noch viel Spaß bei der Zeitungslektüre!

**Ihre NR-Redaktion**

## ***News from: Juso-UB Northeim-Einbeck***

---

### **Seminar des Bezirks zum Thema „Neue Mitte war gestern“ in Göttingen**

**Göttingen (cb).** Nach mehrmaligen Anläufen kam es nun zu dem Seminar, das schon länger geplant war. „Neue Mitte war gestern – unsere jungsozialistische Sicht auf die Gesellschaft“, lautete der etwas sperrige Titel. Im Laufe des zweitägigen Seminars, bei dem auch der Juso-Unterbezirk Northeim-Einbeck durch Christoph Brodhun vertreten war, lernten die etwa 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Politik der Schröder-SPD Ende der 1990er Jahre kein deutsches Phänomen war, sondern in ganz Europa in ähnlicher Weise praktiziert wurde. Die damals zukunftsweisend scheinende neue Gestalt der Sozialdemokratie muss sich für Deutschland heute den Vorwurf gefallen lassen ein noch viel stärkeres Arm-Reich-Gefälle produziert zu haben, als es vorher der Fall war.

Am zweiten Tag schließlich war der Schwund einer spaßigen Nacht deutlich sichtbar. Nichts desto trotz wurde sich mit einer sozialistischen Sicht auf die Gesellschaft auseinandergesetzt und etwa festgestellt, dass der reine ungezügelter Kapitalismus vor allem in der Dritten Welt Millionen Todesopfer forderte und noch immer fordert. So blieb denn am Ende das gemeinsame Fazit, dass die jetzige Form des Kapitalismus keine Zukunft besitzt, und wir dringend zu einer neuen und gerechteren Form des Wirtschaftens gelangen müssen.

### **Junges kommunalpolitisches Plenum gegründet**

**Northeim (tn).** Schon länger reifte da eine Idee in den Köpfen der Jusos, die sich damit beschäftigte, sich doch ausführlicher über Kommunalpolitik auszutauschen und auch mehr darüber aus der Praxis zu erfahren, um dann darüber in einem gemeinsamen Gedankenaustausch Problematiken und Fragen zu erörtern und zu hinterfragen. Genau um dies verwirklichen zu können, wurde am 12. Oktober 2011 von den Jusos im Unterbezirk das junge kommunalpolitische Plenum (JKP) aus der Taufe gehoben. So war auch bereits bei der ersten Sitzung des JKP schon ein politisches „Schwergewicht“ aus der Kreispolitik zu Gast. SPD-Fraktionsvorsitzender Martin Wehner war der Einladung der Jusos gefolgt und referierte über Vor- und Nachteile einer möglichen Fusion der Landkreise Northeim, Osterode/Harz und Göttingen, über die im Anschluss auch sehr lebhaft diskutiert wurde. Aber auch eine kurze Nachbetrachtung der vergangenen Kommunalwahl, wo man über Chancen und Versäumnisse der Kreispolitik sprach, stand auf der Agenda.



Das JKP (v.l.n.r.):  
Tobias Norgall,  
Martin Wehner,  
Adrian Schlinsog,  
Christoph Brodhun,  
Sebastian Penno,  
Julia Stövesand

## ***News from: Juso-AG Northeim***

---

### **Konstituierung der SPD-Stadtratsfraktion**

**Northeim (sp).** Die SPD in Northeim bleibt auch weiterhin stärkste Kraft im Northeimer Stadtrat. Das ist das Ergebnis der Kommunalwahl 2011. Mit 36,58% und 13 Sitzen bleibt die SPD die größte Fraktion im Stadtrat und wird auch in den nächsten fünf Jahren Northeim aktiv mitgestalten. Aus diesem Grund hat sich die SPD-Fraktion in zwei Sitzungen konstituiert.

Wenn der Northeimer Stadtrat am 10. November erstmals in der neuen Zusammensetzung zusammentritt, gibt es einige Neuerungen. Zum einen besteht der Rat nicht mehr aus 38 sondern 36 Sitzen. Zum anderen gibt es einige neue Gesichter in den Fraktionen, so auch in der SPD-Fraktion. Mit Berthold Ernst übernimmt auch gleich ein „Neuer“ den Fraktionsvorsitz der SPD-Fraktion. Er wurde auf der ersten konstituierenden Fraktionssitzung der SPD-Fraktion zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt und tritt somit die Nachfolge von Dietmar Kahler an, der die Fraktion in den letzten zweieinhalb Jahren geführt hatte. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleiben auch weiterhin Susanne Kosiolek-Sakuth und Rainer Giesemann. Beide wurden in der zweiten konstituierenden Fraktionssitzung wiedergewählt. Jüngstes Fraktionsmitglied ist mit 31 Jahren Tobias Meinshausen.

Die erste Aufgabe der neuen Fraktion war es auch gleich eine Mehrheit zu finden, eine gar nicht so leichte Aufgabe, sind im neuen Rat doch sieben Gruppierungen plus der stimmberechtigte Bürgermeister vertreten. Dennoch ist die Fraktion zuversichtlich eine Mehrheit zu organisieren. Hierzu gab es bereits einige Gespräche, sodass eine Mehrheitsbildung am 10. November sehr wahrscheinlich ist. Die Gespräche zeigten vor allem eines: Die Jugend wird in der Stadt Northeim in den Vordergrund rücken.

## ***News from: Juso-UB Northeim-Einbeck***

---

### **Kommunalwahl 2011 – Eine Juso-Nachbetrachtung**

Engagierter Wahlkampf wenig belohnt

**Northeim (sp).** Am Anfang stand die Idee sich auch außerhalb der Partei politisch zu engagieren. Zehn Jusos bewarben sich für insgesamt 14 Mandate. Vom Ortsrat bis hin zum Kreistag waren die Jusos auf jeder Ebene mit mindestens einer kandidierenden Person vertreten. Die Motivation war hoch etwas verändern zu können und so begann ein engagierter Wahlkampf.

Bereits im letzten Jahr hatte die Juso AG Northeim mit den Vorbereitungen für den Wahlkampf begonnen. So wurden Punkte erstellt, die mit in das Wahlprogramm der Northeimer SPD einfließen. Auch der Juso Unterbezirk Northeim-Einbeck hatte sich schon im vergangenen Jahr mit der inhaltlichen Positionierung für die Kommunalwahl 2011 beschäftigt. Hier wurden mittels Referaten von SPD Kreistagsabgeordneten Standpunkte formuliert und an den SPD Unterbezirk weitergegeben.

***Fortsetzung auf Seite 4***

---

**Fortsetzung von Seite 3**

Es folgten nach der inhaltlichen Arbeit zunächst die Aufstellung der verschiedenen Kandidatenlisten. Schnell zeichnete sich für die Jusos ab, dass sie nur mit wenig aussichtsreichen Plätzen bedacht werden würden. Somit war klar, dass es nur auf die direkte Stimmenzahl ankam. Dies bedeutete vor allem, dass es gelingen musste sich bei den Wählerinnen und Wählern bekannt zu machen.

Spätestens im Juli begann dann auch die heiße Phase des Wahlkampfes in dem das Verteilen von Flyern, Informationsstände und Hausbesuche die Regel waren. Häufig zeigte sich, dass viele Bürgerinnen und Bürger zwar mit der Politik unzufrieden waren, aber sehr aufgeschlossen waren mal „die jungen Leute“ zu wählen. Die Abneigung der immer gleichbleibenden Kommunalpolitik der altbekannten Mandatsträger stand also die Sympathie für die jungen Kandidaten gegenüber. Ein Vorteil, der der SPD am Ende zu Gute kommen sollte. Auch bei den verschiedensten Informationsständen wurde dieses Urteil deutlich. Bis zur letzten Sekunde wurde um jede Stimme gekämpft, so veranstaltete der Juso Unterbezirk Northeim-Einbeck am Freitag vor der Kommunalwahl einen Informationsstand in der Northeimer Fußgängerzone inklusive Waffelbacken und Verteilen von Rosen. Auch eine Jungwählerparty wurde vom Juso Unterbezirk in Moringen veranstaltet.

Am 11. September war es dann soweit. Jede Kandidatin und jeder Kandidat begann diesen Tag mit der unterschiedlichsten Erwartung. Bevor um 18 Uhr die Wahllokale schlossen, machten alle ihre Kreuze. Danach hieß es warten und hoffen. Nach und nach zeichnete sich jedoch ab, dass es kein guter Abend für die Jusos sein würde. Bereits nach kurzer Zeit war klar, dass ein Mandatsgewinn nicht mehr möglich war. Die Ausnahme bildeten Julia Stövesand, die in den Ortsrat Schnedinghausen einzog und Mareike Behn-Bongers, die in den Ortsrat in Fredelsloh gewählt wurde. Viel tragischer verlief die Wahl jedoch für René Leitner (Ortsrat Denkershausen) und Holger Heine (Ortsrat Sudheim). Während Heine durch einen Datenfehler, bei dem zunächst nur ein Wahlbereich angezeigt wurde, als gewählt gekennzeichnet war, verlor Leitner sein Mandat durch eine nachträglich angeordnete Nachzählung, bei der die SPD eine Stimme weniger als die konkurrierende Wählergemeinschaft bekam und so die Mehrheit und einen Sitz verlor. Auch für die SPD in Uslar entwickelte sich der Wahlabend katastrophal, da die Wählerinnen und Wähler der SPD die Schuld für das Abwahlverfahren gegen die Uslarer Bürgermeisterin gaben und so nicht nur ein Mandatsgewinn für die kandidierenden Jusos ausblieb, sondern die SPD sogar die bisherige absolute Mehrheit verlor.

Damit sind nur zwei von 14 möglichen Mandaten errungen worden, was angesichts des engagierten Wahlkampfes für Ernüchterung sorgte. Es bleibt abzuwarten, wie das Ergebnis bei der nächsten Kommunalwahl 2016 aussehen wird.

---

**IMPRESSUM****Northeimer Rundschau – Jungsozialistisches Mitteilungsblatt für den Landkreis Northeim**

Herausgeber: Jusos im SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

Adresse: Scharnhorstplatz 8, 37154 Northeim

Kontakt: Northeimer-Rundschau@t-online.de

Chefredaktion: Tobias Norgall (verantwortlich Gesamtausgabe)

Redaktion (jeweils verantwortlich): Christoph Brodhun [Ressort Innen- und Außenpolitik], Adrian Schlinsog [Ressort Wirtschaft/Finanzen], Sebastian Penno [Ressort Kreisstadt und Geschichte]

Die Beiträge einzelner Personen müssen nicht die Meinung des Unterbezirksvorstandes wiedergeben.  
Alle Rechte vorbehalten.

## Landkreis aktuell

---

### **Professor Hesse stellt mögliche Zukunft Südniedersachsens vor**

**Göttingen (cb).** Den südniedersächsischen Landkreisen Göttingen, Northeim und Osterode am Harz stehen weitreichende Veränderungen bevor. Dann, wenn man die Vorschläge des renommierten Staatswissenschaftler Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim J. Hesse beherzigt, welche auf einer Pressekonferenz am 28. September 2011 in Göttingen vorgestellt worden sind.

Dem vorausgegangen war der Wunsch der drei Landkreise die Zukunft einer Evaluation zu unterziehen und zu erörtern, ob und wie Potentiale in Südniedersachsen gebündelt werden könnten und welche Schritte für die nähere Zukunft unabwendbar sind.

Zunächst führte Hesse aus, dass es durchaus Chancen bieten würde, sich auf Reformen einzulassen. Auch steige die Bereitschaft hierzu – letztlich auch durch die rot-grünen Mehrheiten in den Landkreisen Northeim, Osterode a.H. und Göttingen. Unabweisbarer Handlungsbedarf bestünde auch auf jeden Fall, da Verschuldung, Überalterung und Leistungseinbußen sich „zu einem unabweisbaren Handlungsbedarf [addieren]“. Alle drei Kreise seien zwar lebensfähig, doch nur bedingt zukunftsfähig. Vor allem für Osterode wird eine düstere Zukunft prognostiziert, während Göttingen in erster Linie durch seine pulsierende Hauptstadt zu punkten vermag und über „beträchtliches Entwicklungspotential“ verfüge. Northeim befinde sich etwa in der Mitte davon.

Es gäbe kaum eine gemeinsame regionale Identität, bislang grenzte man sich eher voneinander ab und dachte nicht großräumig. Hesse führte aus, dass eine Optimierung des status quo nicht möglich sei, während eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit denkbar ist. Aber auch eine Fusion der Akteure erscheine „durchaus angezeigt“. Hesse favorisiert zunächst eine Fusion von Northeim mit seinem kleinen Nachbarn Osterode, was er als „kleine Lösung“ bezeichnet. Allerdings sei die Verflechtungsidentität von Northeim nach Osterode nicht so stark wie nach Göttingen und einige Bereiche Osterodes würden stark nach Norden tendieren.

Bevor eine „große Lösung“ angestrebt werden könnte, also zusammen mit Göttingen, müsse Göttingen zunächst das komplizierte Verhältnis zwischen Stadt und Kreis klären, welches einmalig in Niedersachsen ist.

Südniedersachsen falle in der regionalen Entwicklung weit hinter andere Landesteile zurück. Zunächst könnte es Sinn machen Initiativen zu initiieren, um eine größere regionale Identität zu forcieren. Hesse führt weiter aus, dass die große Lösung am einfachsten über ein Stufenmodell von Klein zu Groß zu erreichen sei. Ein Großkreis würde die Potentiale bündeln können, könnte jedoch ein zu großes, bürgerschaftliches Engagement behinderndes Gebilde erschaffen. Möglich – aber nicht zwingend – sei auch eine Bürgerbefragung vorab.

Das gesamte Vorgehen könnte an einigen Stellen rechtliche Schwierigkeiten mit sich bringen, fasste Hesse zusammen. Doch die besondere Situation in Südniedersachsen würde Sonderwege rechtfertigen.

## Aus Deutschland und der Welt

---

### Der arabische Frühling – vom Regen in die Traufe?

**Nordafrika (cb).** Der mit der tunesischen Revolution begonnene arabische Frühling hat zu einer größeren Veränderung in Nordafrika geführt. Und er ist noch nicht an seinem Ende angelangt. Er wird Nordafrika weiter verändern. Es heißt, jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Und sicherlich mag auch etwas daran stimmen. Für die arabischen Länder Nordafrikas besteht nun die Hoffnung auf Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Doch aktuelle Entwicklungen verheißen ein jähes Erwachen. Der Sturz Ben Alis in Tunesien, Mubaraks in Ägypten und die Ermordung von Gaddafi in Libyen haben die Länder von Despoten befreit, die selbstsüchtig und in mehr oder minder verbrecherischem Maße gehandelt haben. Doch mit den alten Regimes verschwindet wohl auch eine Ideologie, die diese Länder zumindest in Grundzügen geprägt hat und in unterschiedlichem Maße verwirklicht war: Der islamische Sozialismus. Diese Ideologie, ein arabischer Sonderweg des Sozialismus in teils äußerst freier Auslegung, mag kontrovers zu diskutieren sein. Doch übernahm er einen Aspekt des Sozialismus, welcher von großer Bedeutung ist. Nämlich die weitestgehende Säkularisierung des Staates. Dies führte dazu, dass der Islam zwar weiter eine nicht zu leugnende Rolle in diesen Staaten spielte – was auch durchaus legitim ist, da Religion für die Menschen dort von sehr viel größerer Bedeutung ist als für die Menschen beispielsweise in Deutschland – doch hielt er sich weitestgehend aus Staat und Gesellschaft zurück. Nun aber steht eine Änderung bevor.

Zum Beispiel hat der Nationale Übergangsrat des neuen Libyen angekündigt die islamische Rechtsordnung Scharia – die teils martialische Strafen für Vergehen androht, welche nicht mit dem Koran übereinstimmen – zur Grundlage des künftigen Rechtssystems zu machen. Dies ist ein Rückschritt, da die Scharia längst nicht von allen Moslems als zeitgemäß betrachtet wird. Sie sieht zahlreiche verstümmelnde Strafen hin bis zur Todesstrafe vor. Dass diese Rechtsordnung nun das neue Libyen bestimmen soll, verheißt nichts Gutes und stellt die Frage, ob die Libyer nun vom Regen in die Traufe gelangen.

Beispiel Tunesien: Bei den ersten freien Wahlen seit langer Zeit gewannen Islamisten. Vor allem für das vom Tourismus so abhängige Tunesien könnte es sich verheerend auswirken, wenn nun etwa Strände nur noch nach Geschlechtern getrennt besucht werden dürfen oder etwa eine Kopftuchpflicht eingeführt wird, die auch für westliche Touristinnen gelten dürfte.

Dem allen steht der gewichtige Einwand des demokratischen Votums entgegen. Sollte sich die Bevölkerung in Freiheit zur Unfreiheit bekennen, dann könnte man dies als legitim sehen. Doch zu Recht sind die meisten der westlichen Demokratien wehrhafte, und es wäre in Deutschland etwa undenkbar, dass es eine alttestamentarische Partei gebe, die das Alte Testament und dessen Weltanschauung zur Grundlage unseres Staates werden lassen möchte und auch noch auf große Zustimmung stieß. Zu Recht ist es bei uns eben nicht möglich, dass eine derartige Freiheit zur Unfreiheit besteht, die einen ganzen Staat betreffen würde.

Wir sollten als Westen zurückhaltend sein, wenn es darum geht unsere Wertvorstellungen den Menschen in der islamischen Welt aufzudiktieren zu wollen oder zu erwarten, dass Rechtsstaaten nach unserem Vorbild entstehen. Das wird nicht sein, dafür sind die Kulturen doch zu verschieden.

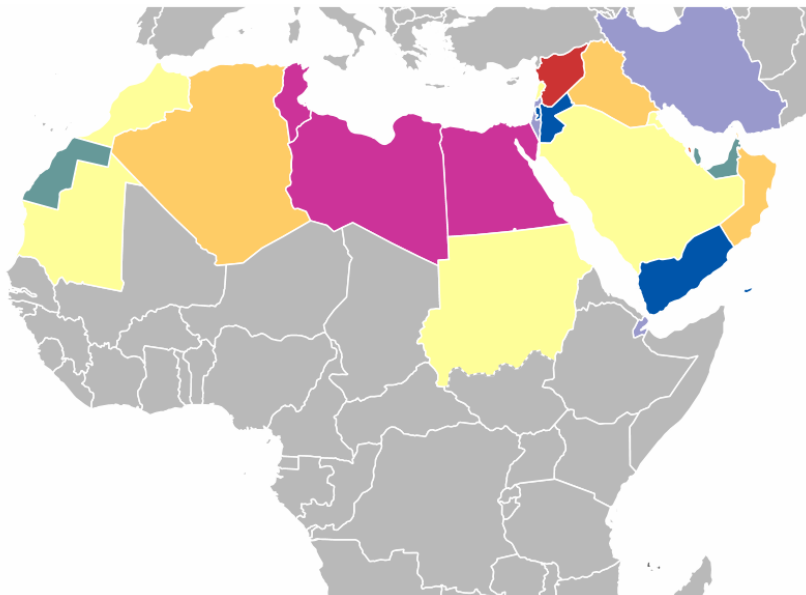
**Fortsetzung auf Seite 7**

## Fortsetzung von Seite 6

Und das muss es auch nicht. Sonderwege sind möglich und legitim. Doch sollten wir die Entwicklung dennoch sorgfältig im Auge behalten und all jene in den arabischen Ländern stärken und unterstützen, welche für eine freiheitliche, tolerante und demokratische Zukunft stehen. Dass dies nicht mit kämpferischen Mitteln geschehen darf, erklärt sich von selbst. Von einer friedlichen Zukunft zu reden, muss auch bedeuten, dass wir selber mit diesem Anspruch vor allem bei uns selber beginnen. Denn gute Ratschläge sind nur halb soviel wert, wenn sie nicht aufrichtig sind und wir andere Maßstäbe für uns gelten lassen, als für andere.

## Hintergrundinformationen zum „Arabischen Frühling“

**Arabischer Frühling** (arabisch: الربيع العربي *ar-Rabī' al-'Arabī*) bezeichnet eine im Dezember 2010 beginnende Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen in der arabischen Welt, welche sich, ausgehend von der Revolution in Tunesien, in etlichen Staaten im Nahen Osten (Maschrek/Arabische Halbinsel) und in Nordafrika (Maghreb) gegen die dort autoritär herrschenden Regime und die politischen und sozialen Strukturen dieser Länder richten.



### Arabische Staaten:

- Staatsoberhaupt gestürzt
- Regierung infolge von Protesten umgebildet
- Volksaufstand/Bürgerkrieg
- Massenproteste
- Unruhen/Proteste
- Keine Vorfälle bekannt

### Nicht-arabische Staaten:

- Proteste in nicht-arabischen Staaten
- Keine Vorfälle bekannt

## Meinung

---

### Über die Unmenschlichkeit der Todesstrafe

*von Christoph Brodhun*

Am 22. September 2011 wurde der US-Amerikaner Troy Davis hingerichtet. Und das, obwohl man den Mann nach allgemein anerkannten rechtlichen Maßstäben hätte freisprechen müssen. Der Anfang der 1990er Jahre wegen des Mordes an einem Polizisten für schuldig befundene Mann wurde zum Tode verurteilt. Im Laufe der Zeit nahmen jedoch fast alle Belastungszeugen ihre Aussagen zurück und erklärten damals von der Polizei unter Druck gesetzt worden zu sein. Fast die gesamte westliche Welt – unter anderen die EU und der Vatikan, auch Ex-US-Präsident Carter, hatten sich für das Leben des Mannes eingesetzt. Vergeblich. Dass es sich hier um einen Justizmord handelt – wenn der Sachverhalt sich so gestaltet, wie man es erfährt – kann kein Zweifel bestehen. Ein Justizmord in einem Staat, den wir als dem unseren ebenbürtig betrachten, den wir gemeinhin als Rechtsstaat sehen.

Die Frage nach der Legalität der Todesstrafe ist weniger eine rechtliche, als eine moralische. Zu Recht gilt die Todesstrafe weltweit zu großen Teilen als geächtet und in Europa gilt sie nur noch in Weißrussland - einer Diktatur. Schon früh gab es hin und wieder Bedenken gegen die Todesstrafe, wie etwa schon der katholische Heilige und englische Staatsmann Thomas Morus sie 1516 in seinem Werk Utopia äußerte, wenngleich auch teils mit utilitaristischen Erwägungen verbunden, welche letztlich auch zu einem kurzzeitigen Umdenken im Zeitalter der Aufklärung führen sollten (bahnbrechend im liberalen Großherzogtum Toskana). Bedenken hat es also fast immer gegeben. Die Todesstrafe ist an Grausamkeit und Amoralität nicht zu überbieten. Schon die Begründung, warum es eine Todesstrafe geben muss, ist pervers. Wer für die Todesstrafe ist, der begründet dies oft mit Erwägungen der Gerechtigkeit. Ein Mörder müsse sterben, also frei nach dem alten Motto, wer tötet, der lerne zu sterben. Doch lässt sich Gerechtigkeit wohl kaum mit der Vernichtung eines Menschenlebens erreichen. Auch Kosten-Nutzen-Kalkulationen sind seit der Aufklärung im Kurs. Es sei viel zu teuer einen Menschen ein Leben lang einzusperren und zu verpflegen. Viel sinniger sei es, ihn umzubringen. Dann kostet er auch nichts mehr. Wie menschenverachtend eine solche Sichtweise ist – die an manchem Stammtisch noch kursiert –, darüber braucht man kein Wort zu verlieren.

Schon der Vorgang der Hinrichtung selbst ist unmenschlich. Man muss sich dies so vorstellen: Das grausamste an der Todesstrafe ist nicht etwa die Hinrichtung selbst, sondern die Gewissheit, die zwischen Verurteilung und Hinrichtung liegt bald getötet zu werden. Der menschliche Wille zu Leben ist ein so unglaublich großer Wille. Die schreckliche Gewissheit, dass jeder Morgen der letzte sein kann und bei jedem anbrechenden Tag die Henker die Tür öffnen können. Jeder Schritt vor der Zellentür kann der des Scharfrichters sein. In den USA kann dies über Jahre dauern. Das tötet einen Menschen schon vorher. Der Mensch, der nun also gleichsam einem Tier, welches zur Schlachtung geführt wird, seinem Henker entgegentritt, ist innerlich bereits tot. Vollkommen abgestorben und emotional verkümmert. Alles Gute, alles Schlechte im Menschen ist bereits hinüber. Es bleibt nur noch Resignation und ein emotionales Wrack. Die Resignation sinnlos sterben zu müssen. Dies ist der Grund, warum die wenigsten Menschen sich in dieser Situation zu wehren versuchen.

**Fortsetzung auf Seite 9**

---

**Fortsetzung von Seite 8**

Kein Mensch hat das Recht einen anderen Menschen sinnlos und ohne ärgste unmittelbare Gefahr für Leib und Leben zu töten. Dürfte dieser Ausspruch wohl in allen zivilisierten Gesellschaften der Welt im Grundsatz Konsens sein, so muss er doch auch und gerade für einen Staat Geltung besitzen. Kein Staat hat das Recht grundlos zu töten. Und kein Verbrechen, sei es noch so schwer, kann die staatliche Macht dazu legitimieren ein Urteil zu fällen, welches vermutlich nur einer höheren Autorität zusteht.

Bleibt also die Frage, ob ein Staat, in welchem es die Todesstrafe gibt, ein zivilisierter ist. Dies zu bejahen – wenn man um die Grausamkeit der Todesstrafe weiß – kann kaum noch möglich sein. Die Folgen dieser Einschätzung sind freilich erschütternd.

---

## Steuerausblick 2012

---

### Neue Steuerregeln mit den wichtigsten Änderungen für Eltern, Vermieter, Pendler

**Kinderbetreuung:** Eltern müssen künftig nicht mehr aufwändig nachweisen, dass die Betreuung wirklich notwendig ist. Die Anlage "Kind" der Steuererklärung lässt sich deshalb deutlich schneller ausfüllen. Wie bisher dürfen Eltern zwei Drittel der Betreuungskosten von der Steuer absetzen (maximal 4000 Euro pro Jahr).

**Kinderfreibetrag:** Wenn volljährige Kinder mehr als 8.004 Euro im Jahr verdienen, entfiel bislang der Anspruch der Eltern auf Kindergeld und Kinderfreibetrag. Das ändert sich: Von 2012 an können Azubis oder Studenten mit Nebenjob so viel verdienen, wie sie wollen. Einschränkungen greifen erst, wenn sie nach der ersten noch eine zweite Ausbildung absolvieren.

**Vermietung an Verwandte:** Immobilienbesitzer, die an Angehörige vermieten, müssen künftig mindestens 66 Prozent der "ortsüblichen Miete" kassieren. Wer die Grenze unterschreitet, darf Zinsen, Reparatur- und Renovierungskosten nicht voll von der Steuer absetzen. Bislang gewährte der Fiskus bereits ab 56 Prozent die volle Absetzbarkeit. Dafür mussten Vermieter aber nachweisen, dass sie mit dem Mietverhältnis einen Gewinn erzielen. Diese Pflicht fällt nun weg.

**Fahrten zur Arbeit:** Wer manchmal mit dem Auto und manchmal mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fährt, konnte bislang frei entscheiden, ob er an den Bus- und Bahntagen die Ticketkosten oder ebenfalls die Pendlerpauschale von 0,30 Cent pro Kilometer ansetzt. Künftig müssen sich Pendler entscheiden: Entweder sie machen für alle Fahrten die Pauschale geltend, oder sie setzen nur die Ticketkosten ab. In vielen Fällen sinkt dadurch der Steuervorteil.

**Höhere Pauschale:** Rückwirkend zum 1. Januar 2011 steigt die "Werbungskostenpauschale" von 920 auf 1000 Euro. Diesen Betrag zieht das Finanzamt von den Einkünften ab, ohne dass Arbeitnehmer ihre Ausgaben für Fachliteratur, Arbeitsmittel oder Berufskleidung einzeln nachweisen müssen.

**Kostenlose Antworten:** Wer eine verbindliche Auskunft vom Finanzamt haben will, muss dafür zwischen 25 und 91.456 Euro zahlen. Demnächst sind Auskünfte bis zu einem Gegenstandswert von 10.000 Euro aber gratis. Der Gegenstandswert ist - vereinfacht gesagt - der drohende Steuernachteil (also die Differenz zwischen der Steuerlast bei positiver und der Steuerlast bei negativer Auskunft).